

RAINER RILLING, CHRISTOPH SPEHR

Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern...

»Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt ... die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt ... Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.«

Dieser Befund, aus dem Kommunistischen Manifest von 1848, liest sich wie eine unmittelbare Zustandsbeschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse im heutigen fortgeschrittenen Neoliberalismus. Das Manifest muss auch zur regelmäßigen Lektüre der Hartz-Kommission gehört haben; am Ende des angeblichen Jahrhundert-Reformwerks werden die im Manifest beschriebenen Verhältnisse des totalen Arbeitsmarkts stehen: »Die Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jeder andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechselfällen der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt ... In demselben Maße, in dem die Widerwärtigkeit der Arbeit wächst, nimmt daher der Lohn ab.«

Was fehlt, ist das Gespenst. Obwohl die Leistungsfähigkeit des neoliberalen Projekts sinkt, geht keine Furcht um bei den herrschenden Eliten. Eine Gegenbewegung, die den Widerstand gegen die »Verminderung der Mittel zur Vorbeugung der Krisen« bündelt und bereits den Vorschein einer historischen Alternative aufzeigen kann, existiert erst in Ansätzen. Hin und wieder blitzt ein Leintuchzipfel auf. Aber das politische Projekt, das die neoliberale Abrissfirma das Fürchten lehrt, hat die Bühne nicht betreten. Noch nicht.

Das Gespenst kann man nicht machen. *Es erscheint* – aus den sozialen Kämpfen heraus, aus politischen Versuchen, aus einer sich verfestigenden Umdeutung der Probleme und Lösungen; und aus einer sich verbreiten-

den Entschlossenheit, wirklich eine andere gesellschaftliche Entwicklungsrichtung einleiten und durchhalten zu wollen. In einer Zeit, die plötzlich einen jähen Bedarf nach Gespenstern erzeugt, darf man dem Gespenst aber auch nicht im Weg stehen. Im besten Fall geht es dann einfach durch einen hindurch; im schlechtesten Fall legt es sich erst mal wieder schlafen.

Der politische Wert der Linken bemisst sich daran, ob sie dem Gespenst den Weg bereitet. Für die Herausbildung eines politischen Projekts, das es endlich mit der großen Koalition des gesellschaftlichen Ausverkaufs aufnehmen kann, ist das Wahljahr 2006 wichtig. Es wird darüber entscheiden, ob die Linke einen parlamentarischen Arm behält. Aber vor allem wird es zeigen, ob die Linke zu einem gemeinsamen Handeln in der Lage ist, oder lieber in ihren ordentlich aufgereihten Truhen bleibt.

Eine Wahl ohne Wahl – Grundmerkmale der Wahlauseinandersetzung 2006

Die Bundestagswahl 2006 wird einen anderen Charakter haben als die letzten beiden, und die Zeit bis dahin wird von einer Reihe zuweilen ziemlich gespenstischer Auseinandersetzungen bestimmt sein. Vier Grundzüge der politischen Öffentlichkeit im Wahljahr 2006 werden sein:

1. *Die weiter vorangeschrittene Delegation der Politik.* Die Vertrauens- und Glaubwürdigkeit aller parteipolitischen Akteure hat historische Tiefpunkte erreicht. Weniger als die Hälfte der Bundesbürger glaubt, Umfragen zufolge, dass die Politik die grundlegenden Probleme lösen kann. Bezogen auf einzelne Reformmaßnahmen sieht die Bilanz noch dramatischer aus. Der schärfste Feind der großen Parteien im Wahljahr wird die Partei der Nichtwähler sein; ob es noch gelingt, die

ständig schrumpfende eigene Stammwählerschaft vom Sinn des Wählens zu überzeugen, wird ein wahlentscheidender Faktor sein. Die Abwertung der Politik trifft jedoch *alle* politischen Akteure. Die Erwartungshaltung sinkt nicht nur gegenüber der parteipolitischen Linken, sondern auch gegenüber den sozialen Bewegungen. Dies spüren Organisationen wie Attac oder BUKO genauso wie die Sozialforen und erst recht die Gewerkschaften gleich welcher politischer Couleur.

2. *Die Situation eines »Lagerwahlkampfes« zwischen CDU/FDP und SPD/Grünen, ohne dass sich darin eine gesellschaftliche Entscheidungssituation ausdrücken würde.* Die Wahl wird von den großen Parteien bzw. Parteiblöcken als »Kopf-an-Kopf-Rennen« inszeniert werden, während die strategische Differenz hinsichtlich der von den Lagern vorgeschlagenen Politik gering ist: Die Politik der »Reformen«, der »Umbau« des Sozialsystems sollen weitergehen. Sowohl SPD/Grüne als auch Union/FDP werden sich im Wahlkampf als diejenige Kraft darstellen, die einen weiteren neoliberalen Umbau und deregulierenden Reformprozess am entschlossensten und glaubwürdigsten voranbringt.

3. *Die faktische Gleichgültigkeit der politischen Eliten und der Massenmedien gegenüber der massenhaften Verbreitung von Armut und sozialer Verzweiflung.* Ein deutscher Sozialhilfeempfänger in Florida oder die Abwesenheit deutscher Ein-Euro-Kräfte bei der Spargelernte sind für einen Skandal gut, die feste Etablierung einer »hoffnungslosen Klasse« von zehn Millionen Menschen und mehr ist es nicht, von der Gleichgültigkeit gegenüber den weltweiten ökologischen und menschlichen Folgen der herrschenden Politik ganz zu schweigen. All dies wird nicht geleugnet. Es wirkt in der hegemonialen Öffentlichkeit jedoch nicht als Ausweis des Scheiterns des neoliberalen Kurses, sondern als vermeintlicher Beweis dafür, dass die »Reformen« noch immer nicht *radikal* genug sind. Die Wahrnehmung der eklatanten sozialen Missstände ist *entkoppelt* von der Idee, dass es die herrschende Politik ist, die sie hervorbringt.

4. *Die Unsicherheit über die weitere Existenz einer eigenständigen parteipolitischen Linken.* Die Vereinigung 1990 brachte als »Nebeneffekt« die Existenz einer Partei links von der SPD mit parlamentarischer Vertretung, nämlich der PDS – für die deutsche Nachkriegsgeschichte ein Sonderweg, in anderen europäischen Ländern Normalität. Während die Verankerung der PDS in Westdeutschland auf niedrigem Niveau stagniert (auch wenn sie 2004 erstmals festzuhaltende Einbrüche in das sozialdemokratische WählerInnenlager erzielt hat), hat sich mit der Wahlalternative für Arbeit und

soziale Gerechtigkeit (WASG) eine neue parteipolitische Kraft von der SPD abgespalten, die bislang jedoch ebenfalls nicht mit flächendeckenden Erfolgen im Westen rechnen kann, die ihr den Einzug in den Bundestag eröffnen würden. Für die etablierten Parteien bietet 2006 die Chance, durch eine Wahlschlappe der Linken deren weitere Formierung – parteipolitisch und gesellschaftlich – auf längere Zeit empfindlich zu treffen. Eine auf die ostdeutschen Landtage zurückgeworfene PDS und eine im Endeffekt ergebnislose angetretene WASG würden das neoliberale Umbauprojekt bis auf weiteres gegen ernsthaften Druck von links absichern.

Warum die Linke 2006 scheinbar alles nur falsch machen kann

Diese Grundmerkmale der politischen Auseinandersetzung im Wahljahr 2006 bringen die Linke in eine Situation, in der sie scheinbar nur verlieren kann, egal was sie macht:

1. Wenn die Linke angesichts der auch sie treffenden Delegitimation des Politischen für eine *Ehrenrettung der Politik* eintritt, arbeitet sie den etablierten Parteien in die Hände und entfremdet sich vom allgemeinen Bewusstsein. Wenn die Linke an der verbreiteten Auffassung anknüpft, dass »die oben eh machen, was sie wollen« und »Politik sinnlos ist«, schadet sie sich selbst, denn sie leistet der Entwertung jeden politischen Widerspruchs Vorschub, unterstützt die Sachzwanglogik der herrschenden Politik und das Verharren in *politischer Apathie*.

2. Der »Lagerwahlkampf« bringt die Linke in eine Entscheidungsfalle. Entweder interpretiert sie Rot-grün trotz deren Politik einer neoliberalen Sozialstaatsabwicklung als »*kleineres Übel*«. Dies wäre notwendig verbunden mit der taktischen Option, in der (gar nicht unwahrscheinlichen) Situation, wo weder Rot-grün noch Union-FDP eine Mehrheit im Bundestag hätten, dem »kleineren Übel« durch Tolerierung zur Macht zu verhelfen. Bei dieser Entscheidung würden die Möglichkeiten der Linken, sich im klaren Widerspruch zum herrschenden politischen Kurs zu profilieren, stark eingeschränkt – warum dann nicht gleich das Original wählen?

Die andere Möglichkeit besteht darin, die *Unterschiede zwischen den Lagern für marginal* zu erklären. Dies schließt notwendig die taktische Orientierung gegen jedwede Tolerierung ein und erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Regierung der Großen Koalition. Bei dieser Entscheidung würde die parteipolitisch eigenständige

Linke jedoch die Perspektive einer Zusammenarbeit mit denjenigen Teilen der Linken aufgeben, die nach wie vor in SPD oder Grünen organisiert oder prinzipiell auf sie orientiert sind. Wenn sie den Aspekt einer strukturell höheren Empfänglichkeit des rot-grünen Lagers gegenüber Druck von links verkennt, kann die Linke mittelfristig keine Umsetzungsperspektive für ihre politischen Inhalte angeben – wozu also überhaupt wählen?

3. Die paradoxe Grundsituation, dass in der neoliberal dominierten öffentlichen Auseinandersetzung Arbeitslosigkeit und Armut nur als Beweis für die Notwendigkeit weiterer Sozialdemontage und Entgarantierung von Lebensansprüchen gelten, bringt die Linke in die Lage, dass sie mit einer *isolierten* Strategie der sozialen Skandalisierung keine Ausstrahlung gewinnen kann. Sozialer Protest *allein* läuft ins Leere. Die Linke hat jedoch keine Alternative dazu, die sozialen Missstände zum *Ausgangspunkt* ihrer politischen Interventionen zu nehmen. Sie kann und darf in der öffentlichen Auseinandersetzung das Feld von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit nicht aufgeben, da hier ihre innerste Stärke und ihr wichtigster Zugang liegen.

Das Erheben sozialer Forderungen im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit wird dafür nicht ausreichen, da sozialpolitische Kompetenz im allgemeinen Bewusstsein auch an Fragen von Finanzierbarkeit und »Wirtschaftsverträglichkeit« gebunden ist. Wo die Linke sich darauf einlässt, läuft sie Gefahr, selbst als neoliberal angekränkelt abgelehnt zu werden. Eine schlichte Wiedervorlage früherer Gestaltungskonzepte droht dagegen in der breiten Bevölkerung nicht nur als unrealistisch, sondern auch als Verharren in paternalistischen, bevormundenden Sozialstaatskonzepten zurückgewiesen zu werden.

4. Dass mit PDS und WASG inzwischen zwei linke Parteien existieren, die unterschiedliche politische Zugänge, kulturelle Identifikationen und historische Identitäten verkörpern, ist grundsätzlich zu begrüßen. Unter den Bedingungen des deutschen Wahlgesetzes droht dies jedoch in ein Fiasko umzuschlagen, da für eine auf getrennten Listen antretende Linke zweimal unter fünf Prozent im Parlament immer noch Null macht. Eine gleichberechtigte Kooperation ist wahltechnisch jedoch nicht vorgesehen. Eine Liste kann nur von einer Partei eingereicht werden, deren Name dann auch im Listennamen erscheinen muss. Listenverbindungen verschiedener Parteien sind nicht von der 5%-Schranke für jede einzelne Liste entbunden. Während es gegenwärtig für beide Linkskräfte parteipolitisch existenziell ist, ihre Eigenständigkeit und Identität zu wahren, ist dies wahltechnisch nur um den Preis der parlamentarischen Nichtexistenz möglich. Ein innerlinker Konkurrenzwahlkampf wird freilich einen wahlrelevanten Teil lin-

ker WählerInnen im schlimmsten Fall sogar auf Dauer demotivieren und zur Gruppe der NichtwählerInnen überwechseln lassen.

Wozu eigentlich noch wählen? Die Delegitimierung der Politik und ihre Ursachen

Der allgemeine Eindruck der Sinnlosigkeit von Politik hat durchaus seinen *realistischen Kern*. Der neoliberale Entwicklungspfad hat die politischen Organe in hohem Maße entmachtet und zu Ausführungsorganen für die Deregulierungsforderungen der Konzerne gemacht. Der Politik fehlt es an Gestaltungsmacht, weil es ihr an *Verhandlungsmacht* fehlt: gegenüber der Drohung mit Abbau und Verlagerung von Arbeitsplätzen, Produktionsanlagen und Investitionen ist sie fast machtlos. So akzeptiert sie in einem Zyklus globalen Lohn- und Sozialdumpings bereits jetzt, dass das international operierende Kapital praktisch keine Steuern mehr bezahlt, von den gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Produktion (Sozialsysteme, Bildung) weitgehend entlastet wird, und die Lohnkosten selbst durch soziale Erpressung (Arbeitszwang) und staatliche Subventionierung laufend verringert werden.

Diese Situation ist nicht stabil und hat mit der Freisetzung von Produktivkräften nur noch sehr wenig zu tun. Die konkurrierenden »Standorte« bringen sich zwangsläufig in eine Situation, die auf Dauer die Reproduktion der materiellen Voraussetzungen von Arbeit und Gesellschaftlichkeit immer mehr zersetzt. Die radikalneoliberale Unterwerfung aller gesellschaftlichen Teilsysteme unter das Modell betriebswirtschaftlicher (Profit-)Rationalität erodiert die gesellschaftlichen Produktivkräfte. Produktive, innovative Impulse (technologische, ökonomische, soziale, kulturelle, politische) zerbrechen. Die Entleerung der öffentlichen Kassen ist das Scharnier, über das die breite Bevölkerung auf Generationen hinaus in eine Tributpflicht gegenüber Banken und »Investoren« gebracht wird. Verschuldung und Privatisierung (Ausverkauf von öffentlichem Eigentum) schieben dieses Problem nur hinaus, während sie »die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindern«.

Es ist unklar, ob wir bereits einen Übergang zu einer veränderten ökonomischen Formation erleben (eine zunehmend neuimperial organisierte Akkumulation durch Enteignung mag ein Hinweis sein), oder ob auf lange Zeit einfach nur alles in den bisherigen Bahnen schlimmer wird. Wichtig ist, dass die Untergrabung der Gestaltungsmacht staatlicher Politik nicht *nur* der Willfähigkeit und Selbstunterwerfung der herrschenden politischen Eliten geschuldet ist, sondern *auch* eine

Folge materieller Entwicklungen – etwa des Wegfallens traditioneller äußerer Wettbewerbsbegrenzungen (z.B. Transportkosten, logistische Grenzen, Fehlen adäquater gesellschaftlicher Produktionsumfelder in der Dritten Welt). Wenn die Linke einen Bruch mit den Tendenzen der Entpolitisierung, der individuellen Anpassung und der schlichten Frustration provozieren will, muss sie darauf eine Antwort finden in Gestalt eines *neuen politischen Projekts*, das neue politische Instrumente auf der Höhe der Zeit propagiert. Die Begründung eines solchen Projekts kann nicht *nur* in den *sozialen Missständen* liegen, sondern muss *auch* das allgemeine Empfinden von Ohnmacht und bloßer Auslieferung produktiv aufgreifen und in die Frage umsetzen, wie eine neue Politik der Selbstermächtigung, also der *Demokratie und Gestaltungsfreiheit* in Abgrenzung vom neoliberalen Modell heute wieder verwirklicht werden können.

Worum geht es eigentlich? Der »Lagerwahlkampf« und das Argument der »verlorenen Stimme«

Die Politik von Rot-grün und insbesondere der SPD mit Enttäuschung zu quittieren, ist zu oberflächlich und zu wenig. Eine solche moralische Reaktion beruht auf der Idee, man könne wohlfahrtsstaatliche/keynesianische und neoliberale Elemente beliebig mischen – das kann man nicht. Es gibt auch kein einfaches Zurück zum fordistisch-keynesianischen Entwicklungspfad, weil sich die materiellen Voraussetzungen eben verändert haben – technologisch, politisch, sozial, globalstrategisch. Der fordistisch-keynesianische Entwicklungspfad hatte den Nationalstaat als wirtschaftspolitischen Souverän und als Ausdruck nationaler Klassenkompromisse zur Voraussetzung. Durch den Wegfall jeglicher »Wegfahrsperrern« für Kapital und Produktionsanlagen ist diese Voraussetzung hinfällig geworden. Der Einsatz keynesianischer Instrumente hätte heute mindestens zur Voraussetzung, dass nationale Wirtschaftspolitik überhaupt wieder ermöglicht wird – indem Kapitalmobilität da, wo sie im Fordismus »natürlich« beschränkt war, heute durch gezielte politische Instrumente begrenzt wird.

Diese objektive Schwächung sozialstaatsfokussierter fordistisch-keynesianischer Strategieoptionen – solange sie nicht im oben genannten Sinne radikalisiert und als modernisierter Keynesianismus den veränderten Bedingungen angepasst wird – ist *einer* der wesentlichen Gründe für das Verschwinden der Linken in SPD und Grünen als handlungsfähige Zentren. Verschiebungen zwischen den beiden Lagern können sich daher *ohne Einwirkung eines zusätzlichen organisatorischen linken Zentrums jenseits von Rot-grün* nicht in eine Ver-

änderung auf der Ebene realer Politik umsetzen. Deshalb ist es egal und doch nicht egal, von welchem Lager die nächste Regierung gestellt wird. Die politischen Blöcke sind nicht identisch, aber von einer dritten Regierung Schröder ist keine Politik zu erwarten, die den hochorganisierten Kapitalinteressen *langfristig* auch nur *einen einzigen* wesentlichen Wunsch abschlagen würde; und die liberalen und bürgerrechtlichen Impulse der Grünen werden weiterhin nur da eine Chance haben, wo sie sich auf die Beseitigung von Standorthindernissen richten – etwa die *spezifischen* Borniertheiten des deutschen Migrationsrechts.

Bemerkenswert an der »Lagersituation« ist, dass zwar die politischen Differenzen in Grundfragen zwischen den Blöcken gering sind – dass die beiden Koalitionen (Rot-grün und Union-FDP) aber auch nicht »umkombinierbar« sind. Die Lager sind nicht beliebig. Die Bindung der Lager an unterschiedliche soziale Klientel ist nicht aufgehoben, sie ist nur stillgelegt angesichts fehlender Entscheidungsmöglichkeiten unter den neoliberalen Dogmen; die Frustration innerhalb der rot-grünen Anhängerschaft ist eine andere als die innerhalb der Anhängerschaft von Union und FDP. *Mobilisiert wird aber vor allem entlang von unterschiedlichen Politikstilen*. Unter den Bedingungen einer politischen Situation, in der alle etablierten politischen Kräfte ihren Frieden mit dem neoliberalen Projekt gemacht haben, verschiebt sich die Wahlentscheidung auf Fragen der kulturellen Differenz.

Die Macher-Haltung von Rot-grün ist die zur Staatspolitik erhobene Haltung der Katze auf dem heißen Blechdach: Draufbleiben, einfach draufbleiben – und die aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so getreu wie möglich bei der Verteilung der Lasten abbilden. Das ist die Quintessenz der Schröderschen Kommissions-Politik, die damit pluraler wie libertärer erscheint – und es auch ist. Union und FDP pflegen dagegen das Versprechen, den weiteren neoliberalen Umbau aller gesellschaftlichen Verhältnisse (den Rot-grün ebenfalls betreiben) *zusätzlich* für positive Mitnahmeeffekte im Sinne alter *autoritärer* Ordnungs- und Diskriminierungspolitiken nutzen zu wollen. Die Inhalte (Ausländerpolitik/Migration, Kriminalität/Terror/Sicherheit, Abhängen von Jugendlichen und Frauen aus der Arbeitsmarktpolitik, christlich-konservative Werteerziehung/Leitkultur etc.) verbinden sich mit der Verheißung eines Politikstils, der die als quälend empfundenen gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse bei der Umsetzung des neoliberalen Projekts ersetzt durch eine zaristische Politik der Entscheidungsfreude von oben. Nicht politische Alternativen (fast alle wissen, dass sie keine hat), sondern *Ressentiments gegenüber der Moderne* sind es, aus denen der Wahlkampf der Union seine Kraft schöpft.

Gegenüber dieser kulturellen Differenz der Politikstile ist die Linke aktuell tief gespalten. Die Offenheit der SPD für »Verfahrenspolitik« und das leidenschaftslose Abbilden von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ist die stärkste Basis für die Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS auf kommunaler und Länderebene. Andere Teile der Linken nähren jedoch ihrerseits Resentiments gegenüber verhandelnden Politikstilen. Das ist richtig als Hinweis darauf, dass der »Maklerstil« von Rot-grün angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auch zynisch ist (»wir streichen das jetzt, aber schön, dass wir mal drüber gesprochen haben«). Es ist aber problematisch, wenn die Linke Politikstile fordert, die sich vor allem durch »Konsequenz«, »Klarheit« und »Prinzipientreue« auszeichnen sollen. Denn sie verbaut sich damit nicht nur mögliche Kooperationen (mit Rot-grün oder mit »rational operierenden« gesellschaftlichen Interessengruppen) und mögliche Durchsetzungsformen für ihre Inhalte. Sie unterlässt es, auf einem zentralen Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, der Demokratiefrage, die Führungsrolle einzunehmen, die ihr eigentlich zustände – indem sie die Verhandlungspolitik der demokratischen Moderne radikalisiert, sozial öffnet und auch *auf die zentrale Frage der Verfügung über das gemeinschaftlich produzierte Kapital in Zeiten der Globalisierung* angewandt wissen will. Die Linke kann das Argument vom »kleineren Übel« also nicht wegdiskutieren – es gibt immer ein Übel, das größer ist als das andere. Das Problem ist, dass nur in der Verbindung von radikalem Widerspruch gegen den neoliberalen Kurs und einer neuen Führungsrolle in der Demokratiefrage die eigenständige Linke *als so notwendig empfunden wird*, dass sie eine parlamentarische Repräsentanz erhalten muss.

Der Mensch als Kostenfaktor: Die Erosion des Politikfelds Sozialpolitik

Während die negativen Folgen der herrschenden Politik kumulieren, befindet sich das politische Projekt des Neoliberalismus auf dem Höhepunkt seiner Deutungsmacht, d.h. es definiert mit den Problemen und ihren vorgeblichen Verursachungen einschließlich den einschlägigen Sündenböcken zugleich die vermeintlich alternativlosen Lösungen. Die zentralen Dogmen sind insbesondere in der medialen Öffentlichkeit vollständig durchgesetzt – auch wenn sie es nie geschafft haben, sich auch nur ansatzweise dem Streubereich der Wahrheit zu nähern. Es gilt als ausgemacht, dass alle Probleme (Arbeitslosigkeit, sinkende Staatseinnahmen, verschlechterte Sozialleistungen, geringe Wachstumsraten, Überalterung, Lohndumping-Wettbewerb etc.) nur

durch weitere neoliberale Reformen (Verbilligung und Entrechtung von Arbeit, Entlastung des Kapitals von allen gesellschaftlichen Kosten und Pflichten, Privatisierung und Akzeptanz extremer sozialer Risiken, totaler Wettbewerb) zu lösen sind. Die sozialen Probleme sind so paradoxerweise nicht Sand im Getriebe des Sozialabbaus, sondern Wasser auf die Mühlen noch radikalerer Kahlschlags-, Verarmungs- und Entsolidarisierungsforderungen.

Die Werte und Ziele »Gleichheit« und »Gerechtigkeit« haben in der gegenwärtigen SPD/Grünen-Allianz keinen Namen. Und wenn es zutrifft, dass der Lagerwettkampf um die überzeugendere neoliberale »Reformkraft« geht, dann wird der Versuch insbesondere der »Münteferings«, diese zwecks Glaubwürdigkeitsgewinn mit aktivistischen Gerechtigkeitsversprechen auszuzeichnen, deutlich weniger nützen. Hier ist die Imagekrise der SPD sehr viel größer geworden und damit sind die politischen Möglichkeiten der PDS und der WASG, Gerechtigkeit neu überzeugend als Trademark in der Protest- wie der Gestaltungsdimension zu besetzen, gewachsen.

Die Linke darf sich jedoch keine Illusionen machen, dass ihr dieses Trademark einfach durch die Skandalisierung sozialer Missstände in den Schoß fallen werde. Die Legitimierung des Sozialabbaus als notwendiges Durchgangsstadium, wie sie vor allem die SPD betreibt (»Verelendet, und ihr werdet reich werden!«) mag zynisch sein – wirkungslos in der politischen Arena ist sie nicht. Nur in Verbindung mit alternativen Lösungsstrategien, und nur bei einer eigenständigen Transformation der Leitvorstellungen Gerechtigkeit und Gleichheit durch die Linke, kann die soziale Katastrophik in linken Hegemoniegewinn umgesetzt werden.

Was die Linke von den Erfahrungen der PDS in den ostdeutschen Ländern lernen kann ist, wie wichtig Vertrauensbildung als zentraler Modus nachhaltiger politischer Identitätskonstruktion ist. Vertrauensbildung erfordert auch die Ehrlichkeit zu sagen, dass eine kohärente, massenfähige Alternative zum neoliberalen Entwicklungspfad noch nirgends im Panzerschrank liegt – dass es aber jetzt darum geht, Grenzen zu setzen, Spielräume zu eröffnen, eine solche Alternative gemeinsam zu entwickeln und stark zu machen. Die rührend-trotzige Behauptung »Wir haben die Alternativen!«, wie sie mancherorts an Gewerkschaftshäusern plakatiert ist, überzeugt niemanden. Worum es geht, ist eine Linke, die als fordernder, drängender, aufgeschlossener und zuhörender Makler für das Entstehen einer kohärenten Alternative sorgt; so, wie auch der Neoliberalismus sein politisches Projekt entwickelt hatte. Klar muss sein, was die Aufgabenstellung ist und dass es Instrumente gibt, um politische Gestaltungs- und Verhandlungsmacht unter den Bedingungen der Globalisierung auf *allen*

Handlungsebenen (wieder) herzustellen – auch wenn die Linke ihr alternatives politisches Projekt im Dialog und in einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion entwickeln muss.

Ein solches Projekt wird nur vorankommen, wenn die Linke dem Gefühl der Ohnmacht auch durch ihre praktische Politik entgegenwirkt. In der Hartz-Zeit stehen die PDS und offenbar erst recht die WSAG selbstverständlich für Verteilungsgerechtigkeit auch als Grundlage von Akzeptanz, Vielfalt und Hegemonie. Hier haben sie einen starken Ruf. Aber dennoch und mehr noch: die Linke muss zwei weitere genuine Merkmale einer linken Gerechtigkeitskonzeption nach vorne bringen, die ihr nicht streitig gemacht werden können. Sie muss erstens für eine glaubwürdige Alltagsalternative zu den Rhetoriken der Leistungs- und Gleichheitsillusionisten stehen und weitaus deutlicher als bisher *politische Sensibilität für die Normalpraktiken der Abwertung, Diskriminierung und Ungleichheit des gegenwärtigen Kapitalismus entwickeln und zeigen* – nicht zuletzt, weil die anderen Parteien diese humanistische Sensibilität zunehmend verlieren. Sensibilität für Abwertung und Ungerechtigkeit lässt sich lernen, lehren und vermitteln. *Die Linke muss – allgemein formuliert – für Anerkennung als Recht auf gleiche Teilhabe an sozialer Interaktion stehen.* Die Linke müsste die politische Kraft sein, die sensibel ist für jede Form von Abwertung der Menschen und dagegen Front macht. Über das Kerngeschäft – anwaltliche Praktiken, Aktionsprogrammatiken und eine Politik der erkennbaren Schlüsselforderungsbegriffe – hinaus muss sie deshalb für eine eigene entsprechend weitgefaste Thematisierung der Gerechtigkeitsfrage stehen, also z.B. zeigen, was Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Aberkennungspraktiken den Menschen an kulturellen und sozialen Möglichkeitsräumen und Zukünften für sie und ihre Kinder verbauen und zerstören.

Die Linke muss aber nicht nur einfach Differenz anerkennen (mitsamt der immerhin noch weit verbreiteten Toleranzkultur) und sie pflegen und daher für die Umverteilung von Gerechtigkeit (auch im Sinne einer radikalisierten Anti-Diskriminierungspolitik) eintreten, sondern sie muss gegenüber der allgemeinen illusionär-verächtlichen Rede über Gerechtigkeit und Gleichheit (SPD: »Teilhabeerechtigkeit« – und wenn's um Sozialdemontage geht, »Hauptsach, die Laid' partizpian ena!« Karl Kraus, Dia ÄSBÄDÄ, Wian 2005, S. 3476) darüber hinaus zweitens eine grundsätzliche Differenz aufmachen: *Abwertungspraktiken und -kulturen, Ungleichheit und Praxen der Ungerechtigkeit konstruieren oder reproduzieren allesamt eine Beziehung und ein Gefälle der Macht oder Herrschaft.* Dies ist in aller Regel das ungenannt-verborgene einfache Geheimnis der bürgerlichen und sozialdemokratischen Rhetorik der Gerechtig-

keit: sie verheimlichen und entnennen dabei die immer eingeschlossene politische Dimension der Macht und Herrschaft.

Will die Linke ihren Gerechtigkeitsbegriff und ihre Gerechtigkeitspolitik als ein Merkmal ihrer selbst (Trademark) schärfen, das einen bestandsfähigen, sichtbaren, klaren und daher überzeugenden Unterschied zu anderen politischen Formationen macht, dann muss sie das Kerngeschäft der Verteilungsgerechtigkeit beherrschen, die Alltagsensibilität des Kampfes gegen Abwertung reklamieren und beides verbinden mit einer vitalen, offenen und risikofreudigen Machtkritik, also bereits politikmethodisch das Soziale und das Politische im machtkritischen Sinne gleichheits- und demokratiepolitisch miteinander verknüpfen. Sie muss so auch in der Substanz (nicht vorrangig in der Wahlkampfrhetorik) das Soziale als Kern der allgemeinen Würde des Menschen (Selbstbestimmung) aufgreifen.

Getrennt marschieren, vereint schlagen? PDS und WASG und das wahltechnische Problem

Die aktuelle Situation einer möglichen Parallelkandidatur von PDS und WSAG ist das Ergebnis der seit langem beschriebenen Entwicklung, dass sich links von SPD und Grünen eine politische Lücke auftut, die von der PDS aus verschiedensten Gründen nicht gefüllt wird und werden kann. Vor allem als Kristallisationspunkt innerhalb der Westlinken kann die PDS in ihrer historisch gewachsenen Gestalt bisher nur unzureichend wirken. Die Gründung der WASG ist daher ein zu begrüßender Schritt, der darauf hinarbeitet, auch in Westdeutschland einer linkspopulären, an politischer Gestaltung ernsthaft interessierten parteipolitischen Formierung den Weg zu bereiten. Auch für die WASG bestehen hier jedoch – aus ihrerseits der historischen Entstehung, insbesondere der Entwicklung aus linker SPD und Gewerkschaftszusammenhängen geschuldeten Gründen – Grenzen, die es ihr in ihrer derzeitigen Gestalt unmöglich machen, das politische Vakuum auf der Linken in großem Umfang organisatorisch zu füllen. Auch die WASG ist nicht »die« Westlinke.

Weder PDS noch WASG noch ihre Addition reichen aus, um die »Vertretungslücke« auf der Linken in vollem Umfang zu erschließen. Die Linke jenseits von Rotgrün ist eine gesellschaftliche Kraft, zu der feministische Anliegen ebenso gehören wie Organisationen von MigrantInnen, Flüchtlingen und »Drittgenerationsdeutschen«, in der Friedenspolitik ebenso eine starke organisierende Tendenz war und ist wie der Internationalismus. Umfeld und Zielgruppen dieser Linken erschöpfen

sich nicht in den Gewerkschaften, sondern umfassen ebenso kritische Wissenschaft, die Szene der kulturellen und sozialen Projekte, die vielfältigen Formen der formalen und informellen gesellschaftlichen Selbstorganisation und frustrierte, von der Proprietarisierung entnervte InformationsarbeiterInnen.

Die wahlrechtliche Problematik für PDS und WASG 2006 verweist also auf die grundlegendere Aufgabe – und vielleicht erstmals die Möglichkeit –, eine nach vielen Seiten hin anschluss- und ausstrahlungsfähige linke Kraft jenseits von SPD und Grünen endlich aufzubauen. *Wir wissen nicht, wie diese Kraft aussehen wird. Wir wissen nicht einmal, ob sie die Gestalt einer traditionellen Partei haben wird.* Sie könnte auch in einem verbindlichen, geregelten Zusammenwirken verschiedener politischer Zentren – der PDS, der WASG, Teilen der sozialen Bewegungen und VertreterInnen einer parteipolitisch unabhängigen Linken – zum Zweck der Erringung parlamentarischer Repräsentanz liegen; bei Wahrung unterschiedlicher kultureller Identitäten und ohne eine Vereinheitlichung der gesamten Programmatik *im Detail*. Dies wäre ein neues, sehr modernes Projekt, das seine Begründung sowohl in einem gemeinsamen Widerspruch zum herrschenden neoliberalen Kurs und seinen sozialen Folgen finden müsste, als auch in der Demokratiefrage. Demokratie als Bedingung des verträglichen Auskommens, aber auch als politischer Auftrag, mit der Entmündigung der Menschen durch die herrschende Politik zu brechen und dafür innovative Formen zu finden.

Die Empfindlichkeiten, die bei PDS wie WASG bezüglich der verschiedenen Kooperationsmöglichkeiten bestehen, sind ernst zu nehmen. Dennoch wäre der Verlust parlamentarischer Repräsentation für die Linke nach 2006 eine Perspektive mit so negativen Folgen, dass sie nicht als Folge dieser Empfindlichkeiten einfach in Kauf genommen werden kann.

Eine Lösung des wahlrechtlichen Problems muss gefunden werden. Aber sie darf nicht nur als Kompromiss zwischen den parteipolitischen Interessen von PDS und WASG gefunden werden, sondern in einem öffentlichen, transparenten Prozess, der weitere interessierte Teile der Linken und der sozialen Bewegungen und eine gemeinsame Moderation einschließt. *Die Linke darf die Frage, wie sie in der politischen Auseinandersetzung 2006 Einfluss nehmen und (auch parlamentarischen) Einfluss gewinnen will, nicht PDS und WASG allein überlassen.* Sie muss zeigen ob sie es mit ihrem Widerspruch zur herrschenden Politik ernst meint – so ernst, dass sie sich auf ein neues politisches Projekt und auf ein gemeinsames Handeln dafür einlässt.

Dem Nein eine Stimme: Handlungsoptionen für die Linke

Wie also können Lösungen für die beschriebenen Dilemmata der Linken angesichts von 2006 aussehen?

1. *Die Linke muss die Delegitimierung der Politik positiv aufgreifen und auf ihre materielle Ursache zurückführen, dass es nämlich ohne Wiedergewinnung von Verhandlungsmacht politisch auch nichts wirklich zu entscheiden gibt.* Sie muss populär erklären, dass machtpolitische Veränderungen notwendig sind, damit die Menschen ihre Verhältnisse wieder politisch aktiv gestalten können.

Was bedeutet das? Im Kern einer strategischen Aufgabenstellung müsste die Message stehen: Es braucht Schritte, Instrumente und gesellschaftliche Mehrheiten, um etwas gegen den internationalen Verdrängungswettbewerb durch Lohndumping und Sozialabbau zu tun. Sonst ist Wirtschaftspolitik nur Makulatur. Die Kassen sind leer, weil Unternehmen keine Steuern mehr zahlen und dem Staat immer mehr Lasten übertragen; im Kapitalismus ist das so. Dieser »Wettbewerb« von Standorten führt aber bekanntlich nirgendwo hin. Niemand gewinnt letztlich – die Kraft dieses Wettbewerbs allerdings liegt darin, dass es kurz- oder zuweilen auch mittelfristig durchaus Gewinner gibt und jede/r hofft, dazu zu gehören. Im Rahmen einer solchen Option ginge es um die Beendigung der Politik der Steuersenkungen und Privatisierung, um Formen der Kapitalverkehrskontrolle, gesellschaftliche Beteiligung an Entscheidungen großer Unternehmen (dies auch angesichts der zunehmenden Angriffe auf die Mitbestimmung) und Formen der »Rechnungslegung« bei Verlagerung von Arbeitsplätzen und Anlagen (quasi eine Standortwechsel-Steuer) und endlich um Mindeststandards in der EU und weltweit.

Statt wie die SPD von einer Pseudogerechtigkeit der *Teilhabe* an einer in Wirklichkeit selbstentmachteten Politik zu sprechen, *muss die Forderung nach Teilhabe verbunden werden mit einer Wiederausstattung der »commons« mit finanziellen und materiellen Ressourcen, über welche die Menschen verfügen können.* Im Kern ist dies die einzige politisch sinnvolle Antwort gegen Privatisierung und Austrocknung der öffentlichen Hand. Und damit wird eine strategische Schlüsseldifferenz zum neoliberalen Lager aufgemacht. Sinnvoll ist in diesem Zusammenhang eine vertiefte Thematisierung der neoliberalen Selbstentmachtung der öffentlichen Hand, indem z.B. das steuerpolitische Konzept der PDS ausgeweitet wird zu einem Grundsatzentwurf einer alternativen Gestaltung aller öffentlichen Haushalte. Steuerpolitik und Haushaltspolitik sind daher auch als

strategische Politikfelder der politischen *Selbstermächtigung*, mithin der *Wiedergewinnung von Demokratie*, wesentlich.

2. Die Linke muss sich der Aufgabe stellen, ein neues, massenfähiges politisches Projekt zu begründen. Die zeitgemäße Antwort auf die soziale Frage, die Wiedergewinnung von gesellschaftlicher Gestaltungsmacht, die Radikalisierung und Modernisierung der Demokratiefrage (auch im Hinblick auf die Ökonomie) markieren das inhaltliche Feld; die Einlassung auf eine gemeinsame linke Kandidatur 2006 stellt die tagespolitische Aufgabe dar, die in diesem Kontext gesehen und gelöst werden muss.

Für die Fragen der Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit mit (Teilen von) SPD und Grünen, bis hin zu einer möglichen Entscheidungssituation im Bundestag, ebenso wie für die Lösung der konkreten wahltechnischen Problematik, gibt es ein weites Spektrum von möglichen Lösungen, das bewusst gemacht werden und nicht vorschnell dogmatisch eingeeignet werden sollte. Bezüglich der Kooperation reicht dies von der aktiven Tolerierung über die passive Tolerierung (Enthaltung bei inhaltlichen Abstimmungen, funktioniert nur wenn Rot-grün das parlamentarisch stärkere Lager ist) bis zur systematischeren gemeinsamen Diskussion mit rot-grün organisierten und orientierten Linken. Für die Wahl kommt die zusätzliche Neugründung einer gemeinsamen (Dach-)Partei in Frage; die Einreichung einer im Titel modifizierten Liste durch die PDS (auf der Grundlage eines Besetzungsverfahrens, das verbindlich, öffentlich und der Alleinentscheidung der PDS entzogen ist und weitere Teile der Linken über PDS/WASG hinaus einbezieht); möglicherweise gibt es Lösungen, an die noch gar niemand gedacht hat. Entscheidend ist, dass hierüber ein breiterer linker Diskussionsprozess stattfindet und die Linke all diese Fragen nicht einem Verhandlungsausschuss von PDS und WASG überlässt, sondern sich gemeinsam ein Projekt zutraut, das auf die gesamte Vertretungslücke links von Rot-grün zielt.

Die Linke kann die Herausbildung eines neuen politischen Projekts nicht stellvertretend lösen, aber sie kann und muss Anstöße dazu geben. Die Vorgänge bei der Entstehung von Attac in Frankreich waren vielleicht ein Vorschein einer solchen Entwicklung. Die »Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger« hatte ihre Wirkung vielleicht aus der symbolischen Vorwegnahme eines größeren, härter durchzukämpfenden Projekts – einer »Vereinigung zur Begrenzung der Kapitalfreiheit zur Wiedergewinnung gesellschaftlicher Selbstbestimmung« gewissermaßen.

Vom Schatten zum Gespenst

In gewisser Weise ist die Lösung des wahltaktischen Problems, so unangenehm drängend sie sein mag, die Quintessenz der gesamten linken Problemlage »2006«. Sie ist nur möglich im Kontext der anderen Fragen. Gelingt sie, dann steht sie symbolisch dafür, dass die Linke mit einer ganz unerwarteten politischen Dynamik in der Lage ist, über ihren Schatten zu springen und mit ihren Inhalten auch machtpolitisch ernst zu machen – nicht im Sinne einer verengten »Realpolitik«, sondern einer realistischen Ausnutzung ihrer Möglichkeiten für ein längerfristiges Projekt, das den Umstieg in einen anderen Entwicklungspfad schaffen will. Ebenso wie das Projekt einer Europäischen Linkspartei schrittweise Attraktivität entwickelt oder wie die geopolitische Erfindung der Sozialforumsbewegung eine politische Dynamik im globalen Raum freisetzte, könnte das entschiedene Vorhaben einer Neugründung der deutschen Parteilinken (»Rifundacione«) Interesse, Begeisterung, Vertrauen, Engagement und nachhaltige Zukunftserwartungen wecken, ein Lebens- und Generationsprojekt werden. Eine schnelle Initiative für eine wahlpolitisch aussichtsreiche, kluge, pragmatische und zukunftsfähige Kooperation und Einigung auf ein praktikables einheitliches Wahlprojekt ist die Voraussetzung dafür. Gerade die westdeutsche Linke muss dafür das Phantom ihrer langjährigen Wirkungslosigkeit (und die Gewöhnung daran) verscheuchen. Lange genug hat sich die deutsche Linke geleistet, dass ihre parteipolitischen Projekte aufgrund ihrer egoistischen Engführung weit hinter ihrer real existierenden politisch-kulturellen Reichweite und antihegemonialen Kraft zurückblieben. Nur die Linke kann den Verhältnissen das Gespenst geben, das sie verdienen. Denn, wie Jacques Derrida zutreffend bemerkt: »Die Zukunft kann nur den Gespenstern gehören.«

Autoren:

Christoph Spehr, Bremen. Mitarbeiter der alaska-Zeitschrift für Internationalismus, freier Mitarbeiter des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mail: yetipress@aol.com

Rainer Rilling, Marburg/Berlin. Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Marburg. Mail: rilling@rosalux.de ; Web: www.rainer-rilling.de